



Nr. 591. Mittag-Ausgabe.

Dreiundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Inhalte Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntags und Montags
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Dinsdag, den 17. December 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (16. Decbr.)
1 Uhr. Am Ministerial-Cabinet zu Eulenburg mit mehreren Commissarien.

Der Abgeordnete für den 6. Frankfurter Wahlkreis, Freiherr von Rheinbaben, Landrat im Kreis Crostau, hat sein Mandat niedergelegt.

Vom Justizminister ist der Gesetzentwurf, betreffend den standesherrlichen Rechtszustand des Herzogs von Arenberg für Neppen aufgebracht worden; ferner vom Finanzminister ein Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung, bez. Ermäßigung gewisser Steuern abzugeben; endlich vom Abg. Schmidt (Stettin) ein Antrag betreffend die Entschädigung für Kriegsleistungen.

Das Haus tritt in die dritte Verathung des Gesetzentwurfs über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grunde und Boden in den vormalen Hessischen Landesteilen und in Schleswig-Holstein.

Abgeordneter v. Wedell-Weddingdorff: Wenn ich auch meinen früheren Antrag (dass die Entschädigung für die Aufhebung des Jagdrechts von dem bisher Belasteten gezahlt werde), nicht wieder aufnehme, bin ich doch durch die dagegen vorgebrachten Einwendungen in keiner Weise überzeugt worden.

Mein Antrag bezieht nur eine Naturallast in einer Geldlast umzuwandeln, wie dies auch bei Expropriationen und bei Ausführung des Gesetzes über die Pommerschen Lehen geschieht; man hat auch gemeint, es handele sich nur um ein geringfügiges Objekt, da dafür man nicht so scharf kritisieren. Aber die 340,000 Thlr., um die es sich handelt, sind nicht geringfügig und überhaupt ist kein Objekt gering, wenn man über fremde Kassen verfügen soll. Ich bedaure, dass die Staatsregierung diese Vorlage eingeführt hat, ohne dass ein Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten sie vertreten; ich bedaure, dass sie einseitig über die Staatskasse zu Gunsten einer Provinz verfügt. Diese Vorlage ist mehr hervorragend aus dem Gefühl, dass die Staatskassen voll sind, als weil einem Notstand abzuhelfen ist. Es ist die Not des Überflusses, welche zur Annahme solcher Vorlagen führt. Aber wir sollten den Staat lieber prästationsfähiger halten für Momente, die wir nicht überaussehen können, Krisen und andere Katastrophen. Ich erinnere nur an das Unglück an den Ostseeküsten. Wenn Sie meinen, dass überschüssiges Geld in der Staatskasse sei, schicken Sie es lieber den armen Bewohnern der von der Sturmflut getroffenen Küsten, als dass Sie Geld bezahlen, um zahlungsfähigen Leuten etwas zu schenken. Wenn Sie jemand etwas schenken, was er nicht zu beanspruchen hat, so verleihen Sie das Rechtsgefühl. Wenn Sie eine Provinz bevorzugen, so erzeugen Sie Unzufriedenheit und begehen eine Ungerechtigkeit. Darum dürfen Sie die Vorlage nicht annehmen.

Abg. v. Brauchitsch (für die Vorlage): Die Annahme des Gesetzes ohne Debatte würde wahrscheinlich weniger Unzufriedenheit im Lande erzeugt haben als seine Illustration durch Reden, wie die eben gehörte. Dann allerdings kann es auf das Land verstimmen wirken, wenn hier gefragt wird, dass wir das Geld, das wir zur Rettung von Not und Elend verwenden könnten, an Begüterte verschenken. Wir glauben aber gerade im Interesse des Staates zu handeln, indem wir die Vorlage zustimmen, weil wir dadurch für die Rechtsaufforderkeit eintreten. Mit dem Expropriationsgesetz lässt sich diese Vorlage nicht vergleichen. Es ist vielmehr consequent, dass der Staat die Kosten der Entschädigung trage, weil wer den Nutzen hat, die Kosten tragen soll. Der Staat hat aber den größten Nutzen daran, die Rechtsaufforderkeit durchzuführen.

Abg. Herrlein gegen die Vorlage, weil das Amendement Springer (in Hessen) die bereits an den Staat entrichteten Ablösungs-Capitalien zurückzuzahlen) abgelehnt sei.

Abg. Bening für die Vorlage, welche das Jagdrecht auf fremden Boden ganz beseitigt, was durch ein Ablösungsverfahren nicht erreicht werden. — Die Vorlage wird hierauf mit großer Majorität unverändert und endgültig genehmigt. Seine dieselbe stimmt u. das Centrum.

Es folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ablösung der Realisten in der Provinz Schleswig-Holstein.

Abg. Bening wünscht dringend, dass der Entwurf, wie auch im Herrenhause, völlig unverändert angenommen werden möge. Er enthält eine Bestimmung, die der frühere Entwurf nicht enthielt, nämlich über die Ablösung der Realisten an Kirche und Schule, die für Schleswig sehr wichtig ist und vielleicht nicht gewünscht wird. In Bezug der stehenden Gefälle sind Bestimmungen getroffen, die nicht mit denen der früheren Commission dieses Hauses übereinstimmen. Diese stehenden Gefälle sind Grunddienste an den Staat; es ist nun schwierig zu entscheiden, welche Leistungen wirkliche Steuern sind, also nicht abgelöst werden können. Die Entscheidung hierüber sollte nach den Abänderungen der Commission den Auseinandersetzungsbedürfnissen zuwenden. Dieser Punkt ist daher abgeändert, dass die Entscheidung der Finanzbehörde zustehen soll, von welcher eine Veranlassung an die Gerichte stattfinden kann. Ich glaube, dass diese Änderung mit gutem Recht gemacht ist und bitte nochmals, den Entwurf unverändert anzunehmen.

Hiermit wird die erste Lesung geschlossen, in der die zweiten werden die 60 Paragraphen des Entwurfs ohne Debatte unverändert angenommen.

Es wird nunmehr zur Wahl eines Mitgliedes der Staatschulden-Commission an Stelle des Abg. v. Bonin, dessen Mandat abläuft, geschritten. Von 260 abgegebenen Stimmen sind 2 ungültig, bleiben 258 gültige, absolute Majorität 130. Es erhalten v. Bonin 108, Reichensperger (Olpe) 92, Kloß (Berlin) 42, Scharemeier 15, Runge 1 Stimme. Bei der engeren Wahl, an der die fünf Kandidaten teilnahmen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in diesem Falle also sämtliche Gewählte, werden 258 Stimmen abgegeben, darunter vier ungültige, absolute Majorität 128. Es erhalten v. Bonin 123, Reichensperger (Olpe) 93, Kloß 37, Runge 1 Stimme. Also auch bei diesem Wahlgange ist die absolute Majorität nicht erreicht worden und es wird zu einem neuen Wahlgang gestritten, bei dem nach der Geschäftsaufteilung nur die beiden Kandidaten concurrenzieren, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Zuvor aber äußerte Abg. Windthorst (Wepen) seine Bedenken bezüglich der Beschäftigung des Hauses und fragt das Präsidium, wie es darüber denkt. Präsidium von Jordenbeck erwidert, dass das Bureau keine Ursache habe, anzunehmen, dass das Haus nicht beschlussfähig sei; ob diese Annahme richtig, darüber werde das Resultat der nächsten Wahl entscheiden. Abg. Hahn beantragt Veratzung des Hauses, findet aber nicht die erforderliche Unterstützung. Der dritte Wahlgang geht also vor sich und ergibt, dass v. Bonin 141 Stimmen erhalten hat gegen 80, die auf Reichensperger (Olpe) gefallen sind. Abg. v. Bonin nimmt die auf ihn gefallene Wahl mit Dank für die Mühewahrung, der sich das Haus dabei unterzogen hat (es hat drei Stunden damit verbracht) und mit der Erklärung an, dass er sich durch seine frühere ebdliche Ver sicherung auch für die nächste Wahlperiode gebunden halte.

Gegen 5 Uhr verlässt sich das Haus bis Dinsdag 12 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung und Etat der Forstverwaltung.)

Berlin, 16. December. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des deutschen Reichs auf den Vorschlag des Bundesrats den königlich preußischen Ober-Tribunals-Rath von Holleben in Berlin zum Mitglied des Bundesamts für das Heimatwesen ernannt.

Se. Majestät der Kaiser und König haben dem Mitgliede des Bundesamts für das Heimatwesen, Staatsanwalt Carl Goepel, den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Archäologen der Königlichen Museen in Berlin, Professor Dr. Ernst Curtius, zum Director des Antiquariums der Museen ernannt; dem Geheimen Registratur Niedlich im Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten den Ammstittel "Canzlei-Rath" beigelegt; und dem Kreis-Ceritcs-Secretär Conken in Goessels bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzlei-Rath verliehen.

Den Appellationsgerichts-Anwälten Rollet, Pennarun, Riber und Mader zu Colmar, sowie den Landgerichts-Anwälten Ernst und Hassen daelbst ist die nachgeführte Entlastung aus dem Reichs-Judikat gegeben. Der Referendarius Dr. jur. Birkhäuser aus Bonn ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Berlin, 16. December. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Vorträge der Hofmarschälle und im Besitz des Commandanten, Generalleutnants v. Schwarzkoppen militärische Meldungen entgegen, arbeitete mit dem Geh. Cabinetsrath v. Wilmowitz und empfing Allerhöchsteine Flügel-Adjutanten Major Grafen Glinkenstein, sowie den Generalleutnant z. D. v. Ebel.

Morgen Vormittag gedenkt Se. Majestät eine Jagd auf Dammwild im Grunewald abzuhalten.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern dem Gottesdienst in der Kapelle des Augusta-Hospitals bei. — Das Kammerdiner fand bei Sr. Königl. Hofhalt dem Prinzen Friedrich Carl auf dem Königl. Schlosse statt. — Ihre Majestät erschien im Matinée-Concert zum Besten der Rothleidenden an der Osterfläche und wurde daselbst von dem Comite empfangen. — Beide kaiserliche Majestäten waren in der Abendvorstellung der Transparente in der Königl. Akademie anwesend. (Reichsanz.)

○ Berlin, 16. December. [Die Kreisordnung.] — Die Petersburger Reise. — Der Salzwerksbetrieb.] Wie ich höre hat die Kreisordnung jetzt die Allerhöchste Sanction erhalten. — In jüngster Zeit ist vielfach von einer beabsichtigten Reise des Kaisers nach Petersburg die Rede gewesen. Von dort her wird jetzt gemeldet, dass bereits die Vorbereitungen für den Empfang des Gastes getroffen würden, und das Kaiser Wilhelm für den Monat April seinen Besuch angekündigt habe. Es dürfte gut sein, wieder einmal daran zu erinnern, dass es ganz gegen die Gewohnheit unseres Kaisers ist, auf längere Zeit im Voraus Reise-Dispositionen zu treffen. Das Richtige an der Sache ist, soviel ich höre, nur, dass auf wiederholte Einladung aus Petersburg geantwortet worden ist, die Reise könnte, wenn sie überhaupt zur Ausführung gelange, jedenfalls erst nach dem Eintritt der besseren Jahreszeit unternommen werden. — Von mehreren Seiten wird gemeldet, dass der kaiserliche Geheime Ober-Regierungsrath Wehmann wieder eine Function als vortragender Rath im Staatsministerium übernehmen werde. In der That hat derselbe mit Rücksicht auf die Erkrankung des Kaisers Wagener sich bewogen gefunden, wenigstens einen Theil seiner Geschäfte wieder in die Hand zu nehmen, soweit seine Gesundheit es ihm gestattet. Es ist daraus ersichtlich, wie sehr ich im Rechte war, als ich vor der wiederholten Melbung eines hiesigen autographen Correspondents warnte, welche mit Sicherheit schon von der Demission Wehmanns, ja sogar schon von der Ernennung seines Nachfolgers wissen wollte. — Der gesamte Salzwerksbetrieb in Preußen ergab während des Jahres 1871 eine Production von 8 Mill. Gr. im Werthe von 2,187,000 Thlr. oder eine Summe gegen das Vorjahr von 650,000 Gr. und 227,000 Thlr. An dieser Production waren die Steinsalz- und Kalisalzwerke mit 4½ Mill. Gr. und die Salinen mit 3½ Mill. Gr. beteiligt. Für die Gewinnung von Steinsalz waren 3 Werke in Thüringen, zur Herstellung von Siedesalz 31 Werke. Es wurden auf ihnen 2399 Arbeiter beschäftigt.

— Berlin, 16. Decbr. [Mandats-Niederlegungen.] — Wohlthätigkeits-Concert.] Die heutige publicirte erneute Niederlegung eines Abgeordneten-Mandats, Seitens eines Landräths ist wiederholt als Beßtigung des früheren Gerichts aufgefasst worden, wonach den Landräthen, welche als Abgeordnete gegen die Kreisordnung gestimmt haben, von dem Minister des Innern durch Mittelpersonen anheim gestellt worden sei, entweder das Mandat niederzulegen, oder zur Disposition gestellt zu werden. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass die Mandatsniederlegung des Abgeordneten von Behr (Greifswald) noch immer viel von sich reden macht. Herr v. Behr hat darüber eine kurze Erklärung an die Wahlmänner des zweiten Stralsunder Wahlbezirks abgegeben, wonach er die Überzeugung gewonnen, dass er mit der Majorität seiner Wähler durch seine Abstimmungen über das Schulaufschlussgesetz und die Kreisordnung sich nicht im Einflusse befindet und deshalb sein Mandat niederlege, zumal da ohnehin in seinem Wahlbezirk ein neuer Wahlact notwendig geworden. — Dem deutlichen Hülfsvorein für den Notstand an der Ostsee ist durch das gestrige Concert im königlichen Opernhaus eine reiche Einnahme geworden. Das Haus war fast ganz ausverkauft, unter Anderem ist der Frau Minister v. Schleinitz von einem Herrn für ein Billet die Summe von 500 Thlr. behändigt worden. Se. Majestät der Kaiser, die Prinzen Adalbert, Georg und Alexander, die Frau Prinzessin Carl und Friedrich Carl, sowie die Prinzessin Marie von Mecklenburg waren in dem Concert anwesend.

[Fürst Bismarck.] Die telegraphisch gemeldete Mitteilung der „Spes. Ztg.“ lautet: Die Mitteilung auswärtiger Blätter, Fürst Bismarck habe die Absicht: „sich von den preußischen Geschäften zurückzuziehen“ ließ die Deutung zu, als sollte das Verhältnis des preußischen Staatsministeriums und der Reichsregierung einer durchgreifenden Umgestaltung unterliegen, in Folge deren die naturgemäßen Beziehungen Preußens zum Reich aufgehoben oder gelöscht werden würden. Man nahm vielfach an, der Fürst gedenke aus dem preußischen Staatsdienst auszuscheiden und fortan lediglich höchster Beamter des Reiches zu sein. Eine solche Veränderung ist nun, wie wir vernnehmen, keineswegs im Werk. Der Reichskanzler soll allerdings beabsichtigen, den Vorst zu dem preußischen Staatsministerium niederzulegen, dagegen soll derselbe zu keiner Zeit und gegen Niemand sich dahin geäußert haben, er wolle nicht mehr preußischer Staatsminister sein. Vielemehr gedenkt der Fürst nach unsrigen Ermittlungen preußischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, der er ist, fernerhin zu bleiben und seinen Platz im preußischen Staatsministerium nicht aufzugeben. Insofern würde der Zusammenhang des letzteren mit den Reichsbehörden in seiner Person demnach aufrecht erhalten bleiben. Wenn eine süddeutsche Zeitung davon spricht, dass es ungewiss sei: „in welcher Weise in Zukunft das preußische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, welches bekanntlich neben dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches besteht, in Verbindung mit dem letzteren gesetzt und erhalten bleiben solle“, so wäre diese Un gewissheit hiermit gehoben.

Sofern das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Beziehungen zwischen Preußen und den übrigen Gliedern des Reichs vermittelt, wird also durch die bevorstehende Veränderung das Verhältnis Preußens zu dem Reich nicht berührt. Wie wichtig die Veränderung gleichwohl ist, liegt auf der Hand. Über es scheint, dass der Fürst es positiv für unmöglich hält, neben den Geschäften des Reichskanzlers noch einen Vorst länger auf sich zu nehmen, welcher eine fort dauernde Cognition- und Kontrolle über sieben verschiedene

Departements und eine Verantwortlichkeit für die gesamme Wirk samkeit aller dieser Ressorts im Gefolge hat. Als Beweis für jene Unmöglichkeit wird beispielweise darauf hingewiesen, wie sich der Kenntnis des Fürsten für lange Zeit die Thatsache entzicheln konnte, dass die weiland katholische Abteilung im Cultusministerium sich aus einer Behörde zur Wahrung der Gerechtsame des Staats in ein mit allen Mitteln des Staats ausgerüstetes Organ der Hierarchie verwandelt hatte; wie es ihm ferner bis zu dem Zeitpunkt, wo die Notwendigkeit des Schulaufschlussgesetzes hervortrat, ein Geheimnis bleiben konnte, das in vier holländischen Provinzen systematisch an der Unterdrückung der deutschen Sprache gearbeitet wurde.

Wir haben geglaubt, dass das Maß jener Arbeit und Verantwortlichkeit sich durch andere Errichtungen in der Geschäftsaufteilung des preußischen Staatsministeriums und durch homogene Bildung derselben erleichtern lasse, aber es scheint, dass dies nicht durchführbar ist.

[Zum Religionslehrer der kaiserlichen Kinder] ist vor Kurzem der Prediger Persius, ein Bruder des bekannten amtslichen Vertreters der Kreisordnung im Lande, ernannt worden. Mit Bezug auf diese Berufung geht der „Mittelb. Ztg.“ „von sehr zuverlässiger Hand“ folgende Mitteilung zu: „Als Mitglied des Protestantvereins nahm Persius Anstand, dem Kneze des Kronprinzen Folge zu leisten und gab seinen Bedenken unverholen Ausdruck. Die Antwort bestand in einem persönlichen Erscheinen des Kronprinzen in der kleinen Kirche des Predigers Persius am Tage des Reformationsfestes. Nach beendigtem Gottesdienste sprach der Kronprinz sein volles Einverständniß mit der gehörten Predigt aus, die er als eine wahrhaft religiöse, dem Geiste der Reformatoren entsprechende, bezeichnete. Nunmehr nahm Persius keinen Anstand, Religionslehrer der Prinzen zu werden.“

Malchin, 16. Decemb. [Die heutigen Verhandlungen des Landtags] über die Vorlage betreffend die Modifikation der Landesverfassung führten zu einer itio in partes der beiden Stände. Die Landschaft schloss sich in corpore der die Regierung proposition ablehnenden Erklärung ihrer Comitemitglieder an; von der Ritterschaft wurde der erste Artikel des Reformenwurfs mit 141 gegen 47 Stimmen angenommen.

Darmstadt, 16. Decbr. [Zu Landtags-Abgeordneten] wurden ferner Kreisrath Küchler (konservativ-liberal) im Kreise Neu-stadt und im Landbezirk Darmstadt, Professor Helmert (konservativ) in Bwingenberg gewählt. Ferner der Bürgermeister Herderreich (fortschrittlich) in Wald-Michelbach; May wurde, außer in Wiesbaden, noch in Biebrich gewählt.

♀ Meß, 14. December. [Geburtstag des Königs von Sachsen.] — Zur Statistik von Meß. — Moselkanal. — Erfassgeschäft. — Der Wohlthätigkeitsinn in Lothringen. — „Rauch“ in Meß.] Zur vorgezogenen Geburtstagfeier des Königs Johann von Sachsen waren die öffentlichen Gebäude der Festung, sowie die Forts mit zahlreichen Flaggen geschmückt. Am Vormittage desselben Tages fand ein Festgottesdienst in der Ecole d'application statt, während Nachmittags ein solenes Diner im Artillerie-Casino das gesamme Offizier-Corps der hiesigen Artillerie (sächsische und preußische) vereinte. — Man ist gegenwärtig damit beschäftigt, eine genaue Aufnahme der hiesigen Einwohner nach Geschlecht, Alter, Religion, Stand und Geburtsort zu machen, ein Werk, das, wenn vollendet, sehr interessante Thatsachen ergeben wird. Ferner stellt die Polizei genaue Ermittlungen darüber an, wer von den Optanten wirklich seinen Wohnsitz dauernd nach Frankreich verlegt hat, oder zurückgekehrt ist, oder bei seinem Wohnsitz in Frankreich durch zeitweises Hierherkommen seine alten Geschäfte fortführt. An dieser Stelle bemerke ich, dass noch fortwährend Optanten, welche zurückgekehrt sind, um einen standigen Aufenthalt in den Reichslanden in der früheren Weise, jedoch unter Anerkennung der französischen Nationalität, nachzusuchen, welche Geschäfte natürlich nicht berücksichtigt werden können. Dahingegen erfahren diejenigen, welche wirklich in Frankreich wohnen und hierfür nur vorübergehend, um alte Geschäfte abzuklären oder Familien-Angelegenheiten zu ordnen, sich aufzuhalten, selbstverständlich die größtmögliche Rücksichtnahme. — Die Arbeiten am Moselcanal, über welchen letzteren ich bereits in einem früheren Brile genauer Mitteilungen gemacht, werden augenblicklich durch das Hochwasser sehr aufgehoben. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als wichtige und zum Theil schwere Bauten für diese Wasserstraße noch in Aussicht stehen. Es müssen nämlich die Eisenbahlinien nach Frouard und Liedenhofen durchschnitten und überbrückt werden, ferner sind noch mehrere Schleusen herzustellen, endlich der Hafen in Meß selbst zu erbauen und die Eisenbahlinien abzutragen. Gleichwohl liegt man noch die Hoffnung, den Kanal bis zur festgesetzten Zeit — Ende 1873 — zu vollenden. — Bei dem am vergangenen Mittwoch hierfür stattgefundenen Departements-Erfasg-Geschäft stellten sich 63 Militärpflichtige, wovon 40 zur Aushebung gelangten. Die Lebriken wurden zum Theil der Erfas-Greserve überwiesen, zum Theil auf ein Jahr zurückgestellt oder für dauernd unbrauchbar erklärt. — Der Präsident von Lothringen bringt zur öffentlichen Kenntnis, dass für sämmtliche Elementarschulen des Bezirks Lothringen die diesjährige Weihnachtsferien vom 24. December bis zum 2. Januar einschließlich dauern. — Das vor einigen Tagen veranstaltete Concert der hiesigen Offizier-Biedertafel zum Besten der Überschwemmten an der Ostsee hat einen Beitrag von 1000 Franken ergeben. Nach unserer Ansicht kann die Opferwilligkeit unserer französischen Bürger, wie sie sich durch zahlreiche Gaben für die durch die Sturmflut Verunglückten dokumentirt, nicht genug hervorgehoben werden. Neuerdings hat zu Saargemünd der „französische Cicel“ zu diesem Zwecke 750 Fr. gegeben. Das Localcomite in Meß hat nach dem ersten Subscriptionsverzeichniß 3750 Franken dem Centralcomite in Straßburg übermittelt. — Vielleicht interessirt Sie und Ihre Leser die Mitteilung, dass die hiesige „Meher Zeitung“ in einer Correspondenz aus Berlin nach den einleitenden Worten: „Die „Bresl. Ztg.“ macht folgende sarkastische Bemerkungen“, Ihren Letzartikel „Rauch“ der letzten Sonntagsnummer wörtlich zum Abruck gebracht hat.

Franreich.

* Paris, 14. Decbr. [Die deutsche Occupation in Frankreich.] Der Pariser Correspondent der „

gende: Die Zahlung der dritten Milliarde wurde am 11. d. Mis. vollendet. Der Finanzminister, der actuell 1950 Millionen Francs der letzten Anleihe erhalten hat, würde in der Lage sein, die vierte Milliarde sofort zu zahlen, wenn Gründe der Klugheit die Regierung nicht veranlassen, nur allmälig vorwärtszugehen, so daß die vierte Milliarde nicht vor Mai oder Juni nächsten Jahres gezahlt wird. Erst dann werde Frankreich in der Lage sein, in ähnlicher Weise Unterhandlungen bezüglich der Erteilung von Garantien für die fünfte und letzte Milliarde zu eröffnen. Wie derselbe Correspondent mitteilt, ist der Antrag des Herrn Garonde, daß die Kammer nicht nach der Räumung des Territoriums auseinandergehen soll, von der scheinbar aus begründeten Annahme inspiriert, daß, im Falle einer Auflösung vor der Zahlung der noch an Deutschland schuldenden zwei Milliarden stattfindet, die Occupations-Armee nicht reduziert werden würde, während dies, falls die Regierung sich für bereit erklärt, mit den Conservativen zu regieren und irgend einer Auflösung zu opponieren, wahrscheinlich geschehen dürfte.

[Die Krise und die deutsche Occupation.] Der „Solt“ erhält ein Schreiben aus Belfort vom 12. December, das Beachtung verdient, nell ihm dasselbe, dem Vernehmen nach, aus dem Cabinet des Präsidenten der Republik zugesandt worden ist. Es lautet in seinen Hauptpunkten, wie folgt:

Die Gegenwart ist bewegt, drohend. Man sorgt ängstlich, was die nächste Zukunft bringen wird, und das Auge fällt zuerst auf die bis an die Zähne bewaffneten Wälder, welche nicht an unseren Thoren, sondern in unserem Lande selbst, auf unserem Boden stehen. Ich habe einige Zeit in Nancy und Belfort zugebracht; ich habe selbst die Grenze überschritten, um die Haltung unseres Feindes zu beobachten. Ich werde Ihnen unparteiisch meine Eindrücke wiedergeben. Ich weiß aus guter Quelle, daß, wie auch der Ausgang der französischen Krise sein mag, die deutsche Regierung materiell in unsere Angelegenheiten nicht mischen, d. h., daß sie die geäußerten Departements nicht wieder befreien wird, daß, wenn gegen die deutschen Streitkräfte kein feindseliger Act begangen wird, diese nicht aus ihren Stellungen herausbrechen werden. Nur — es gibt ein Nur — werden alle Maßregeln getroffen werden, um den Feindbestand derselben zu vermehren. Wenn die neue französische Regierung — falls Herr Thiers zurücktreten sollte — die Bedingungen der letzten Convention genau erfüllt, so wird Alles so bleiben wie es ist. Unter keinem Vorwand wird die deutsche Regierung auf neue Unterhandlungen eingehen, selbst wenn man ihr die günstigsten Bedingungen stellen sollte. Was auch komme, so ist es wenig wahrscheinlich, daß sie zur Bezahlung der letzten Milliarde papiere Garantien annehmen würde, wie sie mit der jüngsten Regierung vereinbart hatte. Das erste und fast sicke Resultat eines Sieges der Rechten wäre also, daß die Deutschen die Ost-Departements erst nach der vollständigen Bezahlung der letzten Centimes der fünf Milliarden räumen werden. Aber wenn das Geringste vorkommt, sich ein Schatten des Widerstandes Seitens der neuen Regierung in der gewissenhaften Ausführung der Bedingung der Convention zeigt, wenn eine Schwierigkeit den Forderungen der Deutschen entgegen gestellt wird, so werden sie erklären, daß sie, ohne von Neuem Krieg mit Frankreich zu führen, ohne sich in seine innere Angelegenheiten einzumischen, von dem Rechte Gebrauch machen, welches ihnen der Frankfurter Vertrag giebt. Sie werden ihr materielles Pfand selbst ausbeuten, welches für die Kriegsschulden bestimmt ist. Sie werden sich der politischen und finanziellen Verwaltung der vier von ihnen besetzten Departements bemächtigen. Alles ist für diese Eventualität in Bereitschaft gesetzt. Man kann davon überzeugt sein. Die Verdopplung des Effectivstabs der Streitkräfte wird diesen schrecklichen Act beschließen. Man möge nicht glauben, daß ich diese Erfüllung in meiner frankhaften Einbildungskraft geschöpft habe, oder daß ich die Deputirten der Rechten erschrecken und sie zu ihren Pflichten gegen das Vaterland zurückrufen will. Ich konstatire eine sichere und gewisse Thatwade, und ich gebe sie als Warnung. Mögen die Männer von der Rechten der Linken sich, ehe sie ihren Kampf forsetzen, daran erinnern, daß Frankreich sich noch nicht selbst angehoben hat. Wenn die Feinde besonders das Interesse des Landes vor das ihres persönlichen Ehregeizes, vor ihren Parteigefüßen und ihre veralteten Meinung stellten, so würden sie nicht jürgen, einige der übrigen nach Nancy und Belfort zu senden, um sich von der Wahrheit meiner Behauptungen zu überzeugen. In Nancy ist die Gefürmung der deutschen Offiziere, welche die des grellen und politischen Führers der Occupations-Armee wiederspiegeln, keineswegs die der Preußen in Belfort. In Nancy würdigt man, daß ein glückliches Resultat (sic) aus dem Kampfe zwischen den Rechten und Linken der National-Versammlung entstünde. Unter glücklichem Resultat versteht man die Befestigung der Gewalten des Herrn Thiers und die endgültige Gründung einer weisen und gemäßigten Republik. Wit der Fortsetzung der Regierung des Herrn Thiers würde die Bezahlung der Kriegsschulden in einer nahen Zukunft gesichert sein, und die Occupation, welche den deutschen Truppen obliegt, zu Ende gehen. Man würde aus dem abnormen Zustand der Feindseligkeit herausbrechen, und außerdem ist der Krieg — so sagen die deutschen Offiziere — weniger bald mit einer conservativen Republik als mit einer Monarchie zu befürchten. So ist auch die allgemeine Stimmung jenseit der Grenze, d. h. in Deutschland selbst. Dort hat man nur einen Wunsch, nämlich, daß die Hoffnungen auf einen langen und dauerhaften Frieden sich verwirklichen. „Deutschland“ — so sagt man —, bat viel bei sich zu thun, um die Einheit zu stärken, die erst im Entstehen ist. Die große religiöse Frage, welche die Gewissen und Herzen verwirrt, seit alles in Erregung, und wir haben unsere ganze Ruhe im Auslande, die Sicherheit des Friedens notwendig, um die Ruhe und Eintracht zu sichern, die für die Geschäfte, die Industrie und die Arbeit erforderlich sind.“ Wenn man ihnen einwirkt, daß Elsass-Lothringen der Balkanspel ist, welcher früher oder später die Schrecklichkeit des Krieges über Europa bringen wird, so sagen diese nämlichen weisen Leute: „Die Innerion dieser beiden Provinzen war der große Fehler, welcher von Herrn Bismarck aus Schwäche und aus Gefälligkeit gegen die Militärpartei gemacht wurde. Das beste Mittel für Frankreich, seine wirklichen Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland wieder zu erhalten, ist, sich mit einer klugen und kräftigen Politik neu zu constituiren. Wenn es in dem „Concile européen“ den Gang wieder eingenommen hat, welchen die Natur, die Geschichte und sein Genie ihm anweisen, so wird zuerst Lothringen und dann Elsass zu ihm zurückkommen, ohne daß dafür ein Blutstrom vergossen werden wird.“ [Der Briefsteller muß wohl schlecht gehörig haben.] In Belfort ist die Sprache eins verchiedene. Sei es, daß die Inspiration von der Militärpartei kommt, welche bedauert, daß der Friedensvertrag ihr diese Festung nicht gegeben hat, sei es, daß man selbst bedauert, den Platz, dessen Wichtigkeit man anerkennet, nicht behalten zu können, dort wünscht man, daß die Krise in Versailles unglücklich ende. In den Ereignissen, die folgen müssten, hofft man, Belfort behalten zu können. Ist die Aussicht auf diesen unglücklich in Ausgang der Grund, weshalb die Arbeiten der Deutschen in Belfort mit erneutem Eifer betrieben werden? Meine Herren von der Rechten, senden Sie also nach Belfort, wenn Sie dem Kriegsminister, der Ihnen davon ein Wort gesagt haben muß, nicht glauben wollen.

Welchen Eindruck das Schreiben erzielen will, schreibt man der „R. S.“, liegt auf der Hand. Es ist nicht ganz ungefährlich gemacht, das heißt für die französische Auffassung. Aufstellender Weise schreibt es von vier noch besetzten Departements. Wenn übrigens Herr Thiers wirklich selbst den Brief der Offenheit übergeben haben sollte, so wird ihm die Sielle, welche über die Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich handelt, nicht gerade das Wohlwollen der deutschen Regierung eintragen. Diese muß es sich ernstlich verbitten, daß in dem neuen Reichslande die Bestrebungen der austriatischen Ligue Alsaciens durch Erregung derartiger Hoffnungen genährt werden, und da Herr Thiers doch noch manchen Gefallen von der deutschen Regierung nötig haben wird, so wird er — angenommen, daß das Schreiben aus seinem CabINETT an die Offenheit gebracht worden — nicht gerade klug handeln, jener Regierung solches Ungenüg zu bieten.

Spanien.

Madrid, 12. Decbr. [Der neueste Tumult.] Nicht genug, daß die weißen Carlisten den Norden unsicher machen und die rothen Republikaner in Ferrol, Murcia, Alcoy, Besar und andernorts theils tolle, theils kindliche Aufstände in Scene gesetzt haben, war es auch der bisher durch ungestörte Ruhe ausgezeichneten Hauptstadt vorbehalten, das Schauspiel einer noch nicht recht begreiflichen Schilderung zu erleben. Gestern Abend gegen halb neun Uhr erschien auf dem

Platz Anton Martin, in der südlichen Hälfte der Stadt eine Bande von etwa zehn schlechtbewaffneten Kerlen, welche durch Zugang aus der Nachbarschaft der Toledostraße bald auf 40 Mann anwuchs. Zu gleicher Zeit rotete sich aus dem nördlichen Theile der Stadt, den Straßen San Vicente, Rubio, Espiritu Santo, eine andere ähnliche Bande zusammen, von welcher das Signal zum Ausbruche der „Revolution“ durch einige Schüsse auf dem Platz der Puerta del Sol gegeben wurde. Die Bande aus dem Platz Anton Martin antwortete mit Schüssen und den Rufen: „Es lebe die Republik! Vor den Feinden der spanischen Ehre!“ und feuerte zugleich auf einige Nachtwächter und Polizisten. Sie besetzte die Zugänge zu dem Platz und richtete sich offenbar auf Widerstand ein. Den Angriff auf sie eröffneten einige Fußgänger, Gendarmen, denen jedoch bald der zeitige General-Capitän Pavía mit einigen Compagnien des Regiments Bocabastro zu Hilfe kam. Das Erscheinen des Generals war für die Auführer das Signal zu einer vollen Salve, die aber wenig Schaden anrichtete. Rasch vordehend, säuberten die Soldaten den Platz und verteilten sich zur Verfolgung der Fliehenden in die verschiedenen Straßen. In der Straße de los Embajadores versuchte die andere Bande eine Barrikade zu errichten und besetzte das Bürgermeistergebäude des Bezirks der Inclusa, doch fand sie sich bald durch die ankommenden Truppen veranlaßt, sich aus dem Staube zu machen. Gegen ein Uhr nach Mitternacht war an allen Punkten die Ruhe hergestellt und machte der Minister Martos dem noch mit der Budgetberatung beschäftigten Congress eine kurze Mittheilung über den Verlauf der Ruhestörung. Leider ist der hien verbrannte Tumult nicht ohne blutige Folgen geblieben. Mehrere Gendarmen wurden von den Aufständischen kalten Blutes ermordet — anders kann man es nicht nennen, denn ein Kampf hatte noch nicht begonnen; auch wurde von dem Wagen des Abgeordneten Boceta, der dem Minister-Präsidenten Torrijos Bericht über die Vorgänge bringen wollte, durchaus grund- und zweckloser Weise ein Lakai herabgeschossen. Von den 2—300 Leuten, die sich an dem Aufruhr beteiligt, sind ungefähr 40 in Haft gebracht; es wäre wohl an der Zeit, daß an den Freiern ein Exemplar statuirt würde. Über die eigentliche Veranlassung des Tumults ist man noch nicht einig. Es war ein Flugblatt verteilt worden, worin zur Abschüttlung der freudigen Monarchie und eines betrügerischen Ministeriums im Namen der bundesstaatlichen Republik aufgefordert wurde. Castelar, Díez und die übrigen republikanischen Abgeordneten stellten jede Verbindung mit der Bewegung in Abrede, auch wird Niemand Verdacht gegen diese gemäßigte Partei der Republikaner gehabt haben. Es kann hier nur von den „Unverhältnischen“ die Rede sein, welche auch die Aufstände in Ferrol und an den übrigen Orten angestiftet haben. Doch wird andererseits die Vermuthung ausgesprochen, daß die Ruhesünder, obwohl sie in der Nähe des Theaters der Variedades schon eine Revolutionsjunta eingesetzt hatten, nichts als Mischlinge im Solde einer der jetzt in Monarchie feindseligen Macht seien, welche Bezeichnung gegen die vertriebene Königsfamilie geht, und daß der wesentliche Zweck gerade jetzt die Durchsetzung der großen Unleih-Operation gewesen sei. Dafür war es nun allerdings mindestens einen Tag zu spät. Doch sind ja genug Gefangene eingekommen, aus denen sich nähere Auskunft wohl herausholen läßt, wenn die Gerichte sich nicht wieder einmal gar zu einfältig anstellen. (R. S.)

Großbritannien.

A. A. C. London, 14. Decbr. [Eine Anti-Einkommensteuer-Demonstration.] In der Guildhall fand gestern eine wichtige Kundgebung gegen die Fordauer der Einkommensteuer statt. Der Lordmayor, Alderman Sir Sydney Waterlow, präsidierte der zahlreich besuchten Versammlung, die außer mehreren einflussreichen Parlamentsmitgliedern auch Vertreter vieler großer Provinzstädte umfaßte. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden wurde ein Brief von Lord Russell verlesen, in welchem derselbe seine Meinung ausdrückte, daß man sich der Auflage der Einkommensteuer nur für außergewöhnliche Eventualitäten und nicht in Friedenszeiten bedienen sollte. Es sei aber nicht von der Zweckmäßigkeit überzeugt, eine so große Hilfsquelle mit einem Male verstoßen zu lassen, weshalb er es ablehnte, zu einer peremptorischen Entscheidung über die Frage zu gelangen, bevor nicht die Vorschläge der Regierung bekannt seien. Unter den Rednern befanden sich die Parlamentsmitglieder Massey, Lewis, Samuel Morley und Sir Charles Dilke. Erstgenannter brachte das Gewicht seiner großen finanziellen Autorität gegen die Einkommensteuer in Anwendung, und zwar weil dieselbe, wie er behauptete, eine Hilfsquelle sei, die man nur zur Abhilfe der unglücklichen Folgen eines Krieges oder solcher abnormaler politischer Zustände in Friedenszeiten, die existierten, als deren Wiederaufstieg als ein temporäres Auskunftsmitteil von Sir Robert Peel in 1842 beantwortet wurde, reservieren sollte. Die angenommenen Resolutionen vertrammten die Einkommensteuer als inquisitorisch in ihrem Charakter, ungeachtet in ihrem Betriebe und demoralisrend in ihrem nationalen Charakter, und erklärten, daß deren fortgesetzte Auflage gegen die Versprechungen der Regierung beider Parteien sei; überdies einen direkten Vertrauensbruch den Steuerzahler gegenüber involviere, und daß sie, nachdem sie ihren Zwecken als Kriegssteuer oder Steuer für außergewöhnliche Eventualitäten genügt, nunmehr aufgehoben werden sollte. Eine weitere Resolution beschloß die Bildung einer nationalen Anti-Einkommensteuer-Ligue und wurde ein provisorischer Ausschuß mit den nötigsten Vorarbeiten für dieselbe errichtet.

Rouher kam am letzten Sonntag in London an, machte täglich Besuche zu Chislehurst und kehrte am Mittwoch nach Paris zurück; man vermutet, daß er mit Napoleon über die Haltung der 22 bonapartistischen Deputirten berathen. Sollten dieselben die rechte Coalition verlassen, so wird die Rechte zur Minorität.

Amerika.

Newyork, 29. November. [Feier des hundertjährigen Bestandes der Republik.] Die Amerikaner wollen das hundertste Jahr ihrer Unabhängigkeit in großartiger Weise durch eine alles überschreitende internationale und universale Ausstellung zu Philadelphia im Jahre 1876 feiern. Zur Deckung der Unternehmungskosten soll jeder Staat nach seiner Bevölkerung beitragen, so Newyork 1,126,660 Doll., Pennsylvania 913,410 Doll., Ohio 691,230 Doll. u. s. w., um die erforderliche Summe von 10 Millionen Dollars aufzubringen. Philadelphia ist einstimmig als der geeignete Platz für die Ausstellung bestimmt worden, und die Bewohner haben ihren Anteil beinahe gezeichnet. In kaum 15 Minuten wurden auf einer jüngst abgehaltenen öffentlichen Versammlung für 100,000 Doll. Aktien genommen. Die Ausstellung, die zehn Abteilungen haben wird und an der sich alle Völker beteiligen können, soll im April 1876 eröffnet werden und bis October offen bleiben.

[Die Arbeiter an der Winona und St. Peter Eisenbahnen in Minnesota.] Die der Schnee und Sturm überraschte und von denen man spricht, daß sie vor Hunger und Kälte umkommen würden, ehe sie Hilfe erreichte, sind gänzlich gerettet worden. Der Zug mit Lebensmitteln kam zur rechten Zeit an, das Schneewasser schmolz und der Sturm ließ nach und kein ernstliches Unglück ist ihnen begegnet.

[Etwa 300 Italiener] kamen in vergangener Woche so entblößt in Newyork an, daß sie ins Armenhaus gebracht werden mußten und man den italienischen Gesandten in Washington davon in Kenntnis setzte. Sie sind fast sämlich Neapolitaner und schluhen die Opfer einer schwindelhaften Auswanderungs-Agentur zu sein. Sie hatten sich in Marseille eingetragen, wo man ihnen ihr Geld abnahm und ihnen dagegen die glühendsten Schilderungen des Wohlbens und Reichtums mache, d'ssen sie sich bald zu erfreuen haben werden.

[Ernennung.] Zum Nachfolger des verstorbenen Generalmajors Meade hat der Präsident, nach den Regeln der Anciennität, den General McDowell ernannt, obgleich dieser weder zu den verdienstvollsten, noch zu den beliebtesten Offizieren aus der Zeit des Krieges gehört. Der Verlust der zweiten Schlacht am Bull Run wurde bekanntlich dadurch herbeigeführt, daß McDowell sich weigerte, den Befehl Sigels Folge zu leisten. Zwischen ihm und den Deutschen herrschte überhaupt eine besondere Antipathie.

[Die Familie Meade's.] General Meade hat seine Frau und Kinder nicht in den glänzendsten Verhältnissen zurückgelassen. Gedankt der wichtigen Dienste, die der verstorbene General namlich der Stadt Philadelphia in dem großen Kriege geleistet hat, entschlossen sich seine Freunde in dieser Stadt, eine Sammlung für die Familie des Generals zu veranstalten und bestimmten die Summe auf 50,000 Doll. Die Sammlung wurde privat veranstaltet, aber der Wunsch aller zu dem Ehrendank beizutragen, war so groß, daß in kaum 14 Tagen die Summe sich bereits auf 102,000 Dollars belief. Diese Summe wird im Interesse der Familie sicher angelegt werden. So ehren die praktischen Amerikaner ihre großen Männer.

[Begnadigung.] Nach dem großen Vertrauensvolum, welches das Volk ihm ertheilt, scheint der Präsident sich besonders zur Milde aufgelegt zu fühlen und zeigt einen starken Hang zur Begnadigung von Straflingen. Unter den Gnaden-Akkten heben wir den hervor, welcher die Befreiung des ehemaligen Bundes-Zahmmeisters, Major Hodge, zur Folge hatte. Des Aufsehens, welches die Unterschlagung dieses Beamten erregte, werden sich die Leser noch erinnern. Durch Jahre hatte er ein Defizit von 950,000 Dollars geschleppt. Konnte dennoch das Mitleid nicht fern gehalten werden, so erklärte sich dies aus der Offenheit des Gesindes, aus der unverkennbaren Reue, aus der Bereitwilligkeit, mit welcher der Angeklagte und seine Frau ihre ganze Habe dem Staate zur Verfügung stellten, überhaupt aus dem männlichen Lustreit Dessen, welcher offen erklärte, daß er im Bewußtsein der Schuld seit Jahren ein elendes Leben geführt und durch das Gesindes sich erleichtert fühle. Hodge wurde zu zehnjähriger Strafarbeit im Zuchthause zu Albany verurtheilt, und wie dieses Mitleid man auch mit ihm empfand, machte doch die Sentenz und ihre Vollstreckung allgemein einen vorheilhaftes Eindruck. In der Begründung des Gnaden-Akktes werden die eben von uns summirten Mildegrundisse vorgebracht. Wir glauben nicht, daß den Präsidenten, wenn er dem Hang zur Milde nachgab, ein Vorwurf treffe wird. Der unwiederbringliche Verlust einer geachteten Stellung und der einsjährige Aufenthalt unter Verbrennen, in Folge einer gerechten Sentenz, schließt keine geringe Strafe in sich.

Provinzial-Bericht.

H. Breslau, 14. Dec. [Kostländer-Verein.] In der gestern Nachmittag im Café restaurant abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Directiums und der Abteilungs-Vorstände theilte der Vorsitzende des Vereins, Dr. Dr. Thiel, zunächst mit, daß Dr. Stadtrath Weissbach die Wahl in das Directorium angenommen hat. Dieser, selbst anwesend, sprach den Anwesenden seinen Dank für das ihm erwiesene Vertrauen aus. Demnächst begrüßte der Vorsitzende den nach dem Abgang des Polizeirath Schröder mit der Vertretung des königl. Polizeirath bei dem Verein betrauten Dr. Polizeirath v. Marschall und teilte sodann mit, daß der seitherige Rentner des Vereins, Dr. Particular Jacob, wegen andauernder Krankheit sein Amt niedergelegt habe. Indem er demselben Namen des Vereins für die diesem gewidmete Tätigkeit dankt, spricht der Vorsitzende den Wunsch aus, auch seinerseits seiner bisherigen Stellung als Vorsitzender des Vereins enthoben zu werden. Die Versammlung erfuhr den Vorsitzenden, vorerst bis zu einer im nächsten Jahre vorzunehmenden Neuwahl des Directoriums die Leitung des Vereins fortzuführen. — Hierauf erstatteten die Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen Bericht über den Stand der Betriebsangelegenheiten in den resps. Bezirken. Aus diesen Berichten ergab sich, daß die Zahl der vom Verein beauftragten Kostländer, obwohl dieselbe sich seit Einführung der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, durch welche die bis dahin notwendige polizeiliche Erlaubnis zur Aufnahme von Kostländern aufgehoben wurde, bedeutend verringert hat, doch immer noch 354 beträgt. Die Mehrzahl derselben ist gut untergebracht; nur in vereinzelten Fällen wurde ein Einschreiten des Vereins gegen gewissenlose Pflegefrauen notwendig. In allen Bezirken wird das übernommene Liebeswerk von den Aufsichtsoffizieren mit aufsichterlicher Hingabe geführt; leider ist jedoch in einzelnen Commissariaten die Zahl derselben erheblich geschrumpft, ohne daß es den Bemühungen der Abteilungs-Vorstände gelungen ist, genügend Ersatz zu schaffen. — Wie in früheren Jahren, so will der Verein auch in diesem Jahre denjenigen Frauen, die sich durch besondere Sorgfalt und Treue in der Pflege ihres anvertrauten Kindes auszeichnen, eine Auszeichnung durch Prämien und Unterstützungen zu Theil werden lassen. Die Versammlung bewilligte für diesen Zweck, nachdem der Vorsitzende nachgewiesen, daß die günstige Finanzlage des Vereins es erlaubt, pro Jahr 1½ Thlr., also in Summa 531 Thlr. Die Vertheilung unter die einzelnen Abteilungen erfolgt nach der Kopfzahl der in ihnen vorhandenen Pflegekinder, die Verwendung bleibt dem freien Urtheil der Abteilungs-Vorstände überlassen. — Demnächst gelangt eine von den Ministern des Innern und des Cultus an sämtliche Regierungen zu ergangene, die „Kinder-Schutz-Vereine“ betreffende Verfügung zur Auftheilung. Dieselbe lautet: „Die im ersten Lebensjahre befindlichen, gegen Entgelte bei fremden Personen in Pflege und Wartung gegebenen Kinder, die s. g. Halteleiter, haben bekanntlich schon seit langer Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Die große Ver nachlässigung solcher Pflegekinder und die vielfachen Missstände, welche durch die Gewissenslosigkeit vieler „Halteleiter“ zu Tage getreten sind, haben in neuester Zeit im englischen Parlament Verhandlungen hervorgerufen, deren Resultat ein unter dem 25. Juli c. erlassenes und vom 1. Novbr. c. ab für Großbritannien in Kraft tretendes Gesetz gewesen ist, welches den Titel: „The infant Life Protection Act 1872“ führt. „Kinder-Schutzvereine“ haben auch in einigen größeren Städten des preußischen Staates die Unterbringung der Pflegekinder bei gewissenhaften Personen und ihre spezielle Überwachung sich zur Aufgabe gemacht. Seitdem aber die Circulat-Berfügung vom 17. Juli 1870, welche die Aufnahme von Halteleitern von einer polizeilichen Erlaubnis abhängt, macht, mit der Einführung der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 außer Kraft getreten ist, hat sich die Wirksamkeit dieser Vereine immer mehr auf kleinere Kreise beschränkt müssen, indem ihre Unterstützungsmitte nicht der großen Zahl der hilfsbedürftigen Kinder entsprechen, und außerdem ihnen gegenwärtig die gesetzliche Unterstützung fehlt, unter deren Schutz sie früher der Polizeibehörde eine wirkliche Unterstützung gewähren und dadurch sich selbst einen ausgedehnten Wirksamkeitskreis verschaffen könnten. — Da nun einerseits die Sterblichkeit der Kinder im 1. Lebensjahre relativ am größten ist, und die unehelichen, in fremde Pflege gegebenen Kinder überall den größten Beitrag hierzu liefern; andererseits auch die humanen Betreibungen der „Kinder-Schutzvereine“ und ihr wohltätiger Einfluß auf das sociale Leben wesentlich befördert werden, wenn die gesetzliche Handhabung ihnen die sichere Stütze bietet, so erscheint es im Interesse des öffentlichen Wohls und der Humanität geboten, in nähere Erwägung zu ziehen, ob nicht ein legistisches Einschreiten zum Schutze der sogenannten Halteleiter nach dem Beispiel Englands herbeizuführen sei. Wir veranlassen daher die königl. Regierung c. über die Zahl und das Geschlecht der im dortigen Verwaltungsbezirk gegen Entgelt im 1. Lebensjahre bei fremden Personen in Pflege und Wartung gegebenen Kinder, über die etwaige Tätigkeit von Kinder-Schutzvereinen und über die in diesem Gebiete gemachten Erfahrungen eingehend zu berichten. — Gleichzeitig seien wir entsprechenden Vorschlägen zum Entschluß von gesetzlichen Bestimmungen

entgegen, welche nach Analogie der beregten Großbritannischen Parlamenten-Akte eingesetzt erscheinen, jeder groben Vernachlässigung solcher Pflegeländer mit Erfolg entgegenzuwirken."

Einem seitens des hiesigen königl. Polizei-Präsidii ausgesprochenen Wunsche nachkommend, unterzog die Versammlung die obigem Reprint beigebenen Hauptpunkte des englischen Gesetzes einer Prüfung, um dieselben Gesichtspunkte festzustellen, welche bei einem event. legislatorischen Verfahren maßgebend sein möchten. Sie einigte sich dahin, folgende Grundsätze für die zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen zu empfehlen: Haltefrauen, welche zwei Kinder unter 2 Jahren haben, sollen nur ein Haltekind, solche, welche keine Kinder unter 2 Jahren haben, höchstens zwei Haltekinder aufnehmen dürfen. binnen 24 Stunden soll jed. Haltefrau, die ein Kind in Pflege nimmt, gebunden sein, dies anzugeben. Die Concession wird den Haltefrauen nur mit Rücksicht auf ihre gegenwärtige Wohnung und auf Grund ihrer persönlichen Verhältnisse gegeben. Große Vernachlässigung und gänzliche Ungefährlichkeit in der Pflege und Wartung zieht Entziehung der Concession nach sich. Alle Veränderungen sind der betreffenden Polizeibehörde anzuzeigen und von den Haltefrauen in ein ihnen ausgebändigtes Buch einzutragen. Jeder Todessfall eines Kindes ist binnen 24 Stunden anzumelden. Zuwidderhandelnde verfallen in eine Geld- oder entsprechende Gefängnisstrafe.

Breslau, 15. Dec. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Der Gegenstand des heut Vormittag gehaltenen Sonntagsvortrags, der trotz etwas unbehaglicher Zeit vor den Weihnachtsfeiertagen dennoch wieder sehr zahlreich besucht war, war Dr. David Friedrich Strauß neueste Schrift: „Der alte und der neue Glaube. Ein Bekennniß von D. Str.“ Der Redner, Herr Hofferichter, begann mit der Erinnerung an seine Studien unter Dr. Schulz Leitung, des berühmten Consistorialrats rationalistischer Richtung, der seine Studien denkt und dem der Redner hier nochmals Dank für seine Unterweisungen aussprach. In jener Zeit sei Dr. Strauß, dessen gleichgebliebener Leiter des theologischen Seminars an der Universität Tübingen Schrift erschienen: „Das Leben Jesu“, das zunächst den Theologen vorgelegt habe, daß auch die Lehre über Leben und Wirken Christi gleich der Mythologie anderer Religionen eine Zusammenfassung von Sagen und Erzählungen sei. Aber trotz der hohen, schwer widerlegbaren Bedeutung dieses Werkes hatte dasselbe doch als zu gelehrte damals nicht den großen Einfluß auf die Theologie, die sogar dann eine entgegengesetzte Richtung nahm. Dr. Strauß hatte die Art an die Wurzel des alten christlichen Glaubensstammes gelegt; der volle Werth seines Werkes wurde erst bei einer neueren, mehr populären Ausgabe desselben erkannt. Einige Jahre später trat von philosophischer Seite Ludwig Feuerbach mit seinen Schriften über „das Wesen des Christenthums“ und „das Wesen der Religion“ ihm zur Seite, die mehr Aufsehen, aber auch mehr Widerspruch erweckten. Redner erinnert hier kurz an seine Vorträge über diesen Philosophen, dessen Unterschied von Dr. Strauß eben darin bestanden habe, daß dieser „Gott den Sohn“ in's Reich der Fabel verwiesen, aber von Gott selbst sich nicht habe losmachen können, indem Feuerbach alle Götter, ebenso den „Vater und Sohn der Welt“ verwarf. Er ist der philosophische Vorläufer der neuen Weltanschauung, die sich in den freien Gemeinden zur Religion des Humanismus entwickelt, die keine Götter mehr kennt und nur die Verewlung des Menschenlebens zur Aufgabe hat. Strauß selbst hat sich zu dieser Bewegung, zu der er den Anstoß gegeben, lange passiv verhalten und tritt er jetzt in dem Werk, „der neue und der alte Glaube“, mehr aktiv auf. Dasselbe werde übrigens trotzdem nicht ein gleiches Aussehen machen, wie „das Leben Jesu“, denn er sagt darin nichts Neues und zeigt selbst noch in diesem „Bekenntniß“, daß er hinter der Entwicklung der Ideen, namentlich der elbischen zurückgeblieben ist und schon widerlegt worden.

Dennoch werde die Schrift, in deren gründlicher Befreiung wir Herrn Hofferichter wegen Beschämung des Raumes nicht zu folgen vermögen, Aufsehen machen, „weil 1) Dr. Strauß in allen religiösen Fragen als Autorität betrachtet wird, das Buch mit großer Klarheit geschrieben ist und endlich ein neues Zeugnis abgibt von der Auflösung der alten Religionen und einen neuen Hinweis enthält, auf dem weiteren Boden, auf dem sich die Zukunft im Gegensatz gegen die christlich-kirchliche Weltanschauung erbauen muß.“

Deshalb ist er der Aufforderung des Vorstandes nachgekommen, diese Schrift im Humboldt-Verein zu besprechen und ging der Redner auf deren einzelne Theile ein.

Dr. Strauß will in dieser Schrift das Verhältnis derjenigen zum alten Kirchenglauben darlegen, die mit ihm gleiche Ansichtentheilen und die Grundzüge der neuen Weltanschauung aufstellen.

Vergleicht Schrift zerfällt darum in zwei Abschnitte, deren erster die zwei Fragen: 1) Sind wir noch Christen? und 2) Haben wir noch Religion? umfaßt.

Unter denen, die mit ihm gleiche Ansichtentheilen, meint Strauß die große Zahl derjenigen, die nicht mehr von irgend einer der alten Religionen befriedigt sind und dennoch Abhilfe ihres dringenden Bedürfnisses verlangen. Er beantwortet die erste Frage dahin, daß wir im Sinne der alten christlichen Strenggläubigkeit keine Christen mehr seien, indem er die mosaïsche Schöpfungs geschichte, das altchristliche Glaubensbekennniß, die christliche Dreieinigkeit, den Teufelsglauen, die Ersünde, Sündenfall, Erlösung und die Gnadenmittel der Kirche wie die Auferstehung des Fleisches einer strengen Kritik unterwirft, geht dann zu dem Erwachen der Kritik in England (Deistern), Frankreich (Voltaire) und Deutschland (Reimarus) über und bepricht Schleiermachers Theologie und dessen Anschaun über das „Sein Gottes in Christus“, das ihm noch viel zu unsicher ist, um als Vorbild des Lebens zu dienen. Die Frage: ob wir noch Religion haben? beantwortet Strauß dann, wenn Religion ihren Ursprung in dem Gesetze der Abhängigkeit des Menschen von der Natur habe, mit ja, in Bezug auf den alten Götterglauen mit nein, die verschiedenen Beweise für das Dasein eines Gottes bewirkt er als nicht ausreichend, ebenso den Glauben an Unsterblichkeit. Die Abhängigkeit vom dem Universum ist ihm das Feststeckende, dem gegenüber auch er eine gewisse Pietät der „Religion“ vorwirkt. Dieses sei der End- oder Anfangspunkt, den er an die Stelle Gottes setzt.

Wie begreifen wir die Welt? fragt Dr. Strauß weiter, und weist auf die Forschungen und Fortschritte der Naturwissenschaften, auf die näher einzugehen, der Vortragende für überflüssig hält, weil sie ohnedem Gegenstände der Vorträge im Humboldt-Verein sind.

Wie ordnen wir unser Leben? fragt der Verfasser im nächsten, letzten Theil seines Buches, den übrigens der Redner als den „schwächsten Theil“ desselben zu bezeichnen nicht ansteht, da Strauß' Anschaunen und Lebensregeln bereits von anderer Seite, von den Sprechern der freireligiösen Gemeinden, auf Grund wissenschaftlicher Forschungen überholt seien, indem der Verfasser noch den Krieg und die Todesstrafe vertheidigt und Grundsätze des allgemeinen Stimmrechts bestimmt.

Das sittliche Hauptgesetz ist die Erhaltung und Ver Vollkommenung des Einzelwesens und der gleichen, gegenseitigen Pflicht des Geschlechtes; darin sei auch der Vorwurf des Mangels sittlichen Gehalts zurückgewiesen, den man dem Materialismus – lieber „Universalismus“ – zu machen pflege. Er veredelt die Menschheit mehr, als die christliche Moral. Die Robheit sei zu keiner Zeit größer gewesen, als in der Blüthezeit des christlichen Glauens. Schiller's Worte des Glaubens seien das Produkt einer aus Unkenntniß der Erfindungen der Naturwissenschaften entspringenden Schwäche. Den Belohnern des Christenthums werde ihr sittlicher Werth nicht abgesprochen, man solle aber auch an ihren Gegnern denselben anerkennen. Am Ende des Buchs widmet Strauß unsrem großen Dichter und Meister mehrere Kapitel und schließt dann mit einer Parallele der alten und neuen Strafe des Bildungspades der Menschheit, „der Weltstrafe der Zukunft.“

An den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag klapszte Herr Hofferichter schließlich noch die Mithaltung, daß der nächste Vortrag erst am Sonntag nach dem Neujahr, den 5. Januar stattfinde.

Breslau, 16. Decbr. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Um Sonnabend Abend wurde im Cafs restaurant eine Vorstands- und Ausschußsitzung abgehalten, die der regelmäßige Vorsteher Herr Dr. med. Lipsch. leitete. Derselbe teilte zunächst mit, daß die Berliner „Gesellschaft für Volksbildung“ zu Fixierung des Geprägs der anzustellenden Wanderlehrer von dem hiesigen „Humboldt-Verein“ durch Verdopplung des Vereinsbeitrages unterstützt worden sei; daß ferner trotz abweisender Kritiken von mir und aus 84 der bedeutendsten Vereine ihr die Redaktion des „Friedensblattes“ aus Ebersbad wieder eine Nummer eingefordert habe; daß das Ausschusmitglied Herr Buchdrucker Priebatsch den Vereinsmitgliedern den Besuch der Paul Hoffmann'schen Vorlesungen über Dante's „göttliche Komödie“ zu dem Preise von 6 Sgr. resp. 5 Sgr. pro Person vermittelt habe und die Billeit in seinem Laden in Empfang zu nehmen sind. Dann erstaute der Kassenfänger Herr Kaufmann Standfuß Bericht über die Kassenverhältnisse, wonach zur Zeit ein Überstand von ca. 80 Thlr. verbleibt, deren zweitmächtigste Verwendung sodann erörtert wurde. Es solle zunächst, wie in Aussicht genommen wurde, ein Theil zu Neuanschaffungen natur- und anderer wissenschaftlicher Werke für die Vereinsbibliothek, ein anderer zu Ausdehnung der Sonntagsvorlesungen um einen Monat, ein

mittler für Druck und Ausheilung von Vorträgen und anderen Schriften die auswärtigen Mitglieder bestimmt werden. — Für die nächste Monats-Sitzung, die am 8. Januar abgehalten werden soll, wurde als Tagesordnung aufgestellt ein Vortrag des Herrn Conservator Thiemann: „Ein Steletti der Vogel“; ein Vortrag über das Unterrichts- und Erziehungswesen der Jesuiten von Dr. phil. Ludwig, und Fragebeantwortung durch Herrn Protector Dr. Maas.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.
Sitzung der medicinischen Section vom 22. November 1872.
Herr Professor Dr. Förster sprach über Schuhmaßregeln gegen Cholera.

Rationelle Schuhmaßregeln werden nur dann gesunden werden können, wenn der Weg, auf dem sich die Cholera verbreitet, bekannt ist. Ueber den Weg wissen wir: 1) daß die Cholera nur durch den Verkehr der Menschen sich ausbreite, also ähnlich ansteckende Krankheiten, jedoch nicht durch unmittelbare Übertragung vom Kranken auf den Gesunden. 2) Daß die Ausbildung der Krankheit zu einer Epidemie abhängig ist vom Boden, auf dem die Menschen leben, resp. von dem Wasser in diesem Boden. Nur aus dieser Bodenbeschaffenheit läßt sich der außallende Umstand herleiten, daß gewisse Orte nie von der Cholera befallen werden, immun bleiben. 3) Daß das Cholerastift im Keimzustande den Dejectionen der Cholerakranken anhaftet. Aus ihnen entwickelt sich in kurzer Zeit das Choleracontagium. Der Vortragende hält es für eine wichtige Aufgabe, zu erforschen, wo das Gemeinsame dieser immunen Orte sei. Dieses Gemeinsame besteht darin, daß diese Orte ihr Wasserbedürfnis auf eine besondere Weise befriedigen, nicht durch wenig tiefe in die Erde gegrabene Brunnen, wie sie überall im Flachlande gebräuchlich sind. Die Theorie, zu der sich der Vortragende bekennt, ist folgende: Das Cholerastift gelangt durch die Dejectionen der Cholerakranken in die Abtrittsgruben, dringt von hier aus durch die Erdschichten hindurch in die Brunnen, und wird durch das Wasser derselben dem Körper zugesetzt. Für richtig ist diese Theorie zu halten, wenn sich herausstellen läßt: 1) daß die immunen Orte ihr Wasser nicht aus solchen Brunnen entnehmen, 2) daß alle diese Brunnen unter dem Einfluß der Abtrittsgruben stehen. Bezüglich des ersten Punktes ist maßgebend nicht allein, daß eine Wasserleitung vorhanden sei, sondern daß diese Leitung Wasser führt, welches nicht unter dem Einfluß von Abtrittsgruben steht, und welches wegen seiner Qualität und Quantität von allen Bewohnern des Ortes zum Trinken sowohl wie zum Kochen und Waschen &c. benutzt wird. Solche Orte, die nie Cholera-Epidemien gehabt haben, und die ihr Wasser durchweg oder hauptsächlich aus geeigneten Nahrungsleitungen beziehen, sind Poln. Lissa, Lauban, Pleß, Grünberg; von Glogau der linke Oderer-Stadtteil (in dem rechten Oderer-Stadtteil sind Brunnen und gab es starke Cholera-Epidemien basihlt), ferner das Waisenhaus in Halle, von Weimar die eine Hälfte, die Wasserleitungs-wasser hat, die andere mit Brunnen versehen, litt an Cholera. Den selben Dienst wie Wasserleitungen, thun auch tief in den Felsen gehauene Brunnen: so in Bobten, in Jauer im oberen Stadtteil, der immun blieb, während in dem tiefer gelegenen, mit Brunnen versehenen, wie Cholera herrschte. Bezüglich des zweiten Punktes fährt der Vortragende an: daß man bei Dresden durch Verküche festgestellt habe, daß in einem Brunnen der Wasserspiegel sank, wenn aus einem zweiten, der 120 Fuß davon entfernt war, 7 Fuß Wasser ausgepumpt wurde; ferner, daß Thierleichen, nachgewiesener Maßen auf 160 Fuß weit, das Grundwasser verunreinigten, daß das Ammoniakwasser der Münchener Gasanstalt in Brunnen nachgewiesen wurde, die 700 Fuß von der Gasanstalt entfernt waren, hierach zielte jeder Brunnen flüssige Stoffe an sich, mindestens aus einem Umkreise von 200 Fuß halbmesser. Es gibt aber nur selten einen Brunnen, der 200 Fuß von allen Abtrittsgruben entfernt liegt, in Breslau vielleicht keinen einzigen. Demnach sind fast alle Brunnen von Abtritten infizirt und die chemische Analyse weist dies nach, indem in allen Brunnen grüner Säfte reichlich salpeter-saure Salze gefunden werden, die nur unter dem Einfluß der Abtritte sich gebildet haben können. Es wird uns jetzt auch begreiflich, daß hoher Grundwasserstand, feuchter, undurchlässiger Thonboden, dem Aufstrelen der Cholera hinderlich sind, rasches Fallen des Grundwassers und vorher Boden dagegen die Cholera befürchtigen, sowie daß auch im Winter Cholera-Epidemien fortduarren können, Cholera auf hoher See hingegen eine Seltenheit ist. Die Verbreitung der Cholera kann geschehen nicht bloß durch Trinkwasser, sondern auch auf anderer Weise durch Verdunstung der Milch oder Biers mit infiziertem Wasser, Verschlüsselung der Butter mit demselben, durch Fleisch, welches mit infiziertem Wasser behandelt ist &c.

Es stellen sich noch zweierlei Schuhmaßregeln heraus: 1) man sorge dafür, daß keinerlei Excremente in den Boden gelangen — Abfuhrsystem; 2) wenn dies nicht möglich ist, so entnehme man wenigstens diesem infizierten Boden kein Wasser, sondern beschaffe reichliches, zu allen Lebensbedürfnissen passendes, und nicht infiziertes Quellwasser, das größeren Städten durch eine Röhrenleitung zugeführt werden kann. In Erwartung des Quellwassers würde für Breslau das städtische Wasser aus dem Wasserbehälter zu empfehlen sein. **Auerbach. Freudenb.**

Breslau, 17. December. Angelommen: Excellenz Gräfin v. Ingenheim aus Reisewitz; Se. Durchlaucht Fürst v. Carolath und Beuthen, freier Standesherr a. Schloß Carolath; Se. Durchlaucht Prinz Biron von Curland, Ober-Schenk und freier Standesherr, a. Polnisch-Wartenberg; Se. Durchlaucht Georg Prinz v. Schönach-Carolath, a. Schloß Mellen-dorf; Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin v. Schönach-Carolath, daf. v. Görne, Gesandtschafts-Altache, aus Berlin; Se. Durchlaucht Fürst v. Sulfowksi a. Bielitz. **(Fremdenb.)**

+ [Der Herr Polizei-Präsident Freiherr v. Uslar-Gleichen] hat zu heute Nachmittag um 5 Uhr eine Anzahl hiesiger Aerzte zu einer Beratung ins Seissionszimmer des Rathauses eingeladen, um Angesichts der an der österreichischen Grenze aufstrebenden Cholera-Epidemie Präventiv-Maßregeln zu ergreifen. Obgleich bis jetzt unsere Stadt von dieser schrecklichen Krankheit verschont geblieben ist, so ist es doch höchst anerkannt, daß unsere Sanitätsbehörde Aufmerksamkeit zu deren Abwehr, oder bei etwaigen Aufstreten die nötigen Vorsichtsmaßregeln trifft.

Liegnitz, 16. December. [Doppelmord.] Der hiesige „Anz.“ meldet: Ohnewelt Leschwitz bei Parchwitz ist an einem Viehhändler aus Sarne und dessen Treiber ein Doppelmord verübt worden und wird morgen an Ort und Stelle die Thatbestandsaufnahme erfolgen. Der Mörder soll in Lissa ergriffen worden sein.

Waldenburg i. Sch., 15. December. [Schulswestern.] — Generalerhöhung der Lehrer. — Weihnachtsbelohnung. — In Folge Gefuchs der hiesigen kath. Schulgemeinde wurde vor Wochen das Verbleiben der Schulwäster als Lehrkräfte an der hiesigen kath. Mädchenschule bis auf Weiteres, d. h. bis zu der Zeit, bis zu welcher die qu. Schulgemeinde Mittel zur Aufstellung resp. Unterhaltung anderer Lehrkräfte beschafft haben würde, genehmigt. Neuerdings soll, so hören wir, verfügt worden sein, bis zum 1. Januar f. J. zur Ausführung gelangt. Nach diesem haben die hiesigen Schulwäster das Minimalgehalt der Elementarlehrer auf 300 und das Maximalgehalt auf 600 Thlr. festgesetzt, und ist außerdem nach den Intentionen d. königl. Regierung denjenigen Lehrern, welche die Wiederholungsprüfung bestanden haben, eine Wohnungsentzündigung von 40—50 Thlr. nach den Dienstaltersstufen und eine Feuerungsüberförderung von 20 Thlr. jährlich bewilligt. Offiziell ist den Lehrern darüber noch nichts mitgetheilt worden. — Nun sieht's weitauslich aus. Schne bedeckt unsere Berge und Felder, die Weihnachtsbuden sind aufgestellt, das gefrorene Wogen und Treiben zwischen und an den Buden vertrieb das freudige Erwarten des Festes. Für die Armen hiesiger Stadt war schon gestern ein Fest gekommen. Der von Gasflammen und herrlich geschmückten Christbäumen erleuchtete Rathauskaal empfing an schwerbeladenen langen Weihnachtsfählen 200 Arme, Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechtes, denen durch Vermittlung und bedeutender eigener Opfer Seiten des Frauenvereins eine reichliche Weihnachtsbelohnung bereitet worden war. Gesänge und eine Ansprache umrahmten dieselbe in würdiger Weise. Der hiesige Frauen-Armen-Verein, dessen Vorsteherin gegenwärtig die Frau Pastor Heinrich ist, besteht seit 19 Jahren, unterstützt das ganze Jahr hindurch aus laufenden monat. Beiträgen eine große Zahl städtischer Arme regelmäßig, spendet an Schwache und Kranke regelmäßig Speisen, vorzüglich Suppen, versorgt seit neuester Zeit auch die sogenannten Koskinder und hat auch bei dieser Weihnachtsbelohnung das Meiste gethan.

Breslau, 16. Decbr. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Um Sonnabend Abend wurde im Cafs restaurant eine Vorstands- und Ausschußsitzung abgehalten, die der regelmäßige Vorsteher Herr Dr. med. Lipsch. leitete. Derselbe teilte zunächst mit, daß die Berliner „Gesellschaft für Volksbildung“ zu Fixierung des Geprägs der anzustellenden Wanderlehrer von dem hiesigen „Humboldt-Verein“ durch Verdopplung des Vereinsbeitrages unterstützt worden sei; daß ferner trotz abweisender Kritiken von mir und aus 84 der bedeutendsten Vereine ihr die Redaktion des „Friedensblattes“ aus Ebersbad wieder eine Nummer eingefordert habe; daß das Ausschusmitglied Herr Buchdrucker Priebatsch den Vereinsmitgliedern den Besuch der Paul Hoffmann'schen Vorlesungen über Dante's „göttliche Komödie“ zu dem Preise von 6 Sgr. resp. 5 Sgr. pro Person vermittelt habe und die Billeit in seinem Laden in Empfang zu nehmen sind. Dann erstaute der Kassenfänger Herr Kaufmann Standfuß Bericht über die Kassenverhältnisse, wonach zur Zeit ein Überstand von ca. 80 Thlr. verbleibt, deren zweitmächtigste Verwendung sodann erörtert wurde. Es solle zunächst, wie in Aussicht genommen wurde, ein Theil zu Neuanschaffungen natur- und anderer wissenschaftlicher Werke für die Vereinsbibliothek, ein anderer zu Ausdehnung der Sonntagsvorlesungen um einen Monat, ein

mittler für Druck und Ausheilung von Vorträgen und anderen Schriften die auswärtigen Mitglieder bestimmt werden. — Für die nächste Monats-Sitzung, die am 8. Januar abgehalten werden soll, wurde als Tagesordnung aufgestellt ein Vortrag des Herrn Conservator Thiemann: „Ein Steletti der Vogel“; ein Vortrag über das Unterrichts- und Erziehungswesen der Jesuiten von Dr. phil. Ludwig, und Fragebeantwortung durch Herrn Protector Dr. Maas.

Auch heute gestaltete sich das Geschäft wesentlich besser. Die Umsätze geschehen in größerer Regsamkeit und die Tendenzen zeigte sich entschieden fester, leineswegs aber kann der Verkehr als ein animirter bezeichnet werden. Augenscheinlich walzt das B. streben, in die Haussichtung wieder einzulenden, vor, doch hält man den gegenwärtigen Augenblick noch nicht dazu geeignet. Wiener Notirungen ließen schließen, daß auch dort eine gleiche Tendenz herrschend sei und geben daher dem hiesigen Verkehr keine weitere Anregung. Die Geldverhältnisse befinden im Allgemeinen recht sehr, wenige Briefe werden im Privatwechselverkehr zu $\frac{1}{4}$ bezahlt und pro ultimo ist Gelde leicht zu $\frac{1}{5}$ erhältlich. Die Course der Speculations-Effecten zeigten etwas höher gegen die Schluchse vom Sonnabend ein, und behaupteten unter einigen Schwankungen auch dies Niveau. Franz. waren besonders fest, Österreich. Creditation und Lombarden gingen rege um, für Galizier und Österreichische Nordwestbahn trat, nachdem die Course etwas nachgegeben hatten, einige Kauflust auf. Recht fest dagegen waren Oesterl. Bonds. Die Renten zogen in Folge vieler aus Wien vorliegender Kaufaufträge an und ebenso waren 180er Rose gern genommen. In anderen auswärtigen Bonds nur schwaches Geschäft, französische Renten ziemlich fest auch in guter Frage. Italiener sehr still. Amerikaner bei geringem Geschäft fest. Türken zogen um ein Geringes an. Von Russischen Staatswerthen werden Anleihen lebhafter gehandelt. Preußische Bonds zeigten sich recht fest und stützte sich diese Haltung auf die Nachricht, daß die Norddeutsche Bundesanleihe vom 20. ab pari zurückgesetzt werden wird. Im Prioritätsrang waren besonders Preußische besser, rege gingen Stettiner, Oberschles., Potsdamer und Köln-Mindener 4 p.c., sowie Görlitzer 4% p.c. um. Auf dem Eisenbahnmärkte zeigte sich für schwere Bahnen die Stimmung an Festigkeit zunehmend, während schwächeren Devisen sich der Schluss abwackt. Der Verkehr blieb jedoch nur gering. Leichte Actien waren dagegen belebt und namlich zeichneten sich Nahebahn und Bresl.-Grajewo aus, auch Rumänen fest. Für Brüder waren Kanalst. aber keine Abgeber. Bautaktien erfreuten meist eine geringe Courserhöhung, der Verkehr darin blieb aber sehr bedämpft. Industriepapiere nur in sehr schwachem Verkehr. Die Actien der Chemnitzer Baugeellschaft (50 Prozent Einzahlung) wurden heute durch die Vereinsbank Quistorp zu 108 eingeführt und sehr lebhaft dazu gehandelt. **(Bank- und H.-Btg.)**

B. Stettin, 16. Decbr. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: leichter Schneefall. Temperatur + 2° R. Barometer 28° 2". Wind: N-D.

Gretreidebestände.

Am 15. Decbr. 1872. Am 1. Decbr. 1872. Am 15. Decbr. 1871.

Weizen	4815 Wspel	4419 Wspel	8281 Wspel
Roggen	17459	20400	9513

wir von den leitenden Spielpapieren Courtrüdgänge de fl. 10 à fl. 12 zu bezeichnen haben.

Die Börsen befinden sich ausnahmslos, so wie wir es schon seit Langem betonten. Ein Markt ist mehr überfüllt wie der Andere; und nachdem nun der Wiener Börse auch von Berlin aus jene Maßnahmen unmöglich gemacht worden sind, durch welche sie gewohnt war, sich billiger Geld zu verschaffen — nämlich durch Straffungen — hat auch sie den Halt verloren, welche sie befähigte, die Leuchte der Haufe, allen anderen Börsen zum Hohn bis zur letzten Stunde hoch zu tragen.

Die jüngsten Tage brachten uns denn auch von Wien rückweise abbrodelnde Course, und auch Berlin zeigte sich im nämlichen Lichte.

Die Börsen schließen daher in starker Weise, die wohl nur der Anfang eines weiteren Weihens sein dürfte.

Lombarden erlitten die größten Einbußen; dieses Effect ist nun einmal dazu bestimmt, wenig zu steigen, aber viel zu fallen. Die Hausspositionen in demselben waren sehr stark.

Unter den obigen Umständen vermochte die Herauslösung des Londoner Disconts keinen Einfluss zu äußern und blieb auch die Liquidation maßgebend, welche sich förmlich antrieb, so daß Reportis 8—9 p.C. bedangen.

Indem wir auf die Einzelheiten des Verlaufs übergehen, haben wir in erster Reihe Österreichische Credit-Aktionen zu erwähnen, welche ihren Cours von 365% der Vorwoche bis auf 357% erhöht haben. Österreichische Nationalbank-Aktionen anfänglich von 1041 auf 1025 zurückgewichen und schließen, nachdem sie sich vorher wieder bis 1039 erholt hatten auf 1022. Darmstädter Bank-Aktionen fielen von 549% auf 529%, Meiningen von 163 auf 158. Unter den jüngeren Bank-Aktionen sind Österreichisch-Deutsche am Wochenschluß bei 126% um 3% niedriger wie in der Vorwoche. Frankfurter Bankverein bei 164% um 3% p.C. Deutsche Vereinsbank bei 141% um 2% p.C. Deutsche Effecten-Buchalterbank bei 132 um 3% p.C. Frankfurter Wechslerbank bei 110% um 2% p.C. Bei den Eisenbahnen spielten Lombarden und Staatsbahnen-Aktionen die Hauptrolle. Beide Werthe in kolosalen Posten fort und fort ausgeboten muhten sprunghaft zurückweichen. Lombarden bleiben bei 203 um 11%. Staatsbahn bei 358% um 6% niedriger. Alsfeld-Zinnmanner verloren bei 184% 2%, Oesterreich bei 170 fl., Böhmisches Westbahn bei 252%, 2% fl., 5proc. Elisabeth bei 264% 3 fl., Franz Joseph bei 233% 1% fl., Galizier bei 245 3 fl., Österreichische Nordwest bei 218 3% fl., Rudolfsbahn-Aktionen bei 182% 3% fl., Pfälzer Nordbahn bei 124 2 fl. Prioritäten bei mäßigen Umsätzen im Allgemeinen wenig verändert. Donau-Drau 79%, gegen 81%, Raibau-Oderberger 84% gegen 85%, Lemberg-Czernowitzer 76 gegen 78, Ungarische Nordost 76% gegen 78, Ungarisch-Galiz 78% gegen 79%, 5proc. Lomb. Prioritäten 58%, Libanovier 36%.

Von Bonds waren Österreichische Renten belebt. Silber-Rente 64%, Papier-Rente 60%, Spanier 27%.

Amerikanische Bonds wenig verändert. 8ter 98%, 82er III. und IV. 96%, 82er II. 96%, 84er 96%, 85er 97%.

Loospapiere im Allgemeinen still. Nassauer 47, Oester. 60er Loose 94, Oester. Creditloose 210, Raab-Grazer 81%, Madrider Loose 16.

Dewien in großen Posten umgesetzt. Amsterdam 98%, Paris 92%, London 118%, Wien f. S. 107, l. S. 106%, Belgische Plätze 93.

Sorten unverändert.

Berlin, 16 December. Weizen loco 72—91 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, pr. December 84%—% Thlr. bez., December-Januar Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-May 84%—% Thlr. bez., Mai-Juni 81% Thlr. bez., Roggen loco 55—60 Thlr. gefordert, geringer 55 Thlr. seiner 58—59 Thlr. bez., pr. December 57%—57 Thlr. bez., December-Januar 56%—% Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-May 56—55% Thlr. bez., Mai-Juni 55%—% Thlr. bez., Juni-Juli — Thlr. bez. — Rübel loco 23% Thlr. — Spiritus loco ohne Fab 18 Thlr. 8 Sgr. bez., pr. December 18 Thlr. 11—14—12 Sgr. bez., December-Januar 18 Thlr. 8—11—9 Sgr. bez., Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-May 18 Thlr. 19—21—20 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 23—21—22 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 2 Sgr. bis 19 Thlr. bez.

* Breslau, 17. Decbr., 9% Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markt war ohne Bedeutung, bei austrocknenden Zufuhren, Preise schwach preishaltend.

Weizen nur seine Qualitäten verläßlich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7—9%, Thlr. gelber 7—8% Thlr. feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 5%—6% Thlr., feinste Sorte 6% Thlr. bezahlt.

Gerste matter, pr. 100 Kilogr. 5%—5% Thlr. weiße 5%—5% Thlr. Hafer offerirt, pr. 100 Kilogr. 4% bis 4% Thlr. feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbien offerirt, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr.

Widen ruhiger, pr. 100 Kilogr. 4%—4% Thlr.

Kupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3%—3% Thlr., blaue 3 bis 3% Thlr.

Böhnen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. schlesische 6—6% Thlr.

Mais niedriger, pr. 100 Kilogr. 5%—5% Thlr.

Delfaaten niedriger.

Schlaglein mehr beachtet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. fl.

Schlag-Leinsaat 8 5 — 8 20 — 9 2 6

Winter-Sägs 9 20 — 9 25 — 10 7 6

Winter-Albosen 9 5 — 9 10 — 9 25 —

Summer-Küben 8 20 — 9 — — 9 20 —

Leindotter 7 — 8 — 8 — 8 20 —

Rapsblüten wenig verändert, schlesische 78—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leintuchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat schwächer Umsatz, rothe 14—16% Thlr. pr. 50 Kilogr. weiß 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeste über Notiz bezahlt.

Thymothee blieb gut geprägt, 8%—10% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau)

Bern, 16. December. Der Bundesrat hat als Anfangstermin

des ersten Baujahres für den großen St. Gotthard-Tunnel den 1. De-

zember 1872 festgesetzt und das Programm des Baues, sowie einen

Voranschlag der Baukosten den sämtlichen Staaten, welche sich durch

Subventionen an dem Bau beteiligen, übermittelt.

Versailles, 16. December. Die Gesuche über Veränderungen innerhalb des Ministeriums sind, der „Agence Havas“ zufolge, unbegründet. Thiers und Dufaure werden heute der Sitzung der Dreißiger-Commission beiwohnen. In parlamentarischen Kreisen giebt man sich der Hoffnung hin, daß das Einvernehmen mit der Commission durch die Sonnabendstzung wesentlich erleichtert werden dürfe, wie denn überhaupt der Eindruck der am Sonnabend stattgehabten Abstimmung ein durchweg bestehender ist und erheblich zur Beruhigung der Gemüther beigetragen hat.

Versailles, 16. Decbr. Abends. In der Dreißiger-Commission erklärte Thiers, er habe in der Botschaft nicht die Frage: ob Republik oder Monarchie entscheiden, sondern nur die Notwendigkeit, sich mit der Gestaltung der Zukunft zu beschäftigen, betonen wollen; er bestehe auf der Errichtung einer zweiten Kammer. Die Republik erstreite tatsächlich, man müsse dieselbe einwieder besetzen oder ihr eine Grundlage schaffen, worauf sie forschreiten könne.

Thiers beantragte, eine derartige Lage der Dinge herbeizuführen, wie Audiffret sie am Sonnabend empfohlen habe. Wenn letzteres die Ansicht der Commission sei, erkläre er sich damit einverstanden. Thiers begehrte nichts sehnlicher, als eine Verständigung; er wünsche, daß die Commission sich nicht darauf beschränke, seine Meinung zu hören, sondern gemeinschaftlich berathe. Carey dankt Thiers. Die Commission nimmt den Vorschlag bestimmt an. Die Discussion beginnt Mittwoch.

Versailles, 16. December, Abends. „Agence Havas“ zufolge machte die Rede Thiers in der Dreißiger-Commission einen außerordentlich günstigen Eindruck. Die Commissionsmitglieder scheinen gleichfalls entgegenkommender und geneigter. Die Zahl der Zustimmungsabstimmungen übersteigt 3000.

Brüssel, 15. December. Ein längerer Artikel des „Etoile belge“

spricht sich für die durch eine Gruppe mehrerer Bankhäuser in die Hand zu nehmende Wiederaufnahme der Geschäfte der Bank de l'Union mit Entschiedenheit aus.

London, 16. Decbr., Abends. Da sich die katholischen Schulvorderer Islands weigern, die neuen, eine dreimonatliche Kündigungserfrist feststellende Verträge mit den Schullehrern zu vollziehen, oder die auf die Weisung des Erzbischofs Gullen bereits abgegebenen Unterschriften zurückzuziehen, erklärte der Obersekretär Islands, Marquis Hartington, die vom Parlamente bewilligten höheren Gehälter nicht vor der Vollziehung der Contrakte auszahlen zu wollen.

Berliner Börse vom 16. December 1872.

Wechsel - Course.

Amsterdam 250 Fl. | k. S. 5 140 bz. Divid. pro 1870 1871 Zfl. 5072

do. do. 2 M. 5 130 bz. 5/5 4 43 1/2 bz.

Hamburg 300 Mk. | k. S. 5 148 1/2 bz. Berg.-Märkische 8 7/8 4 123 1/2 bz.

do. do. 2 M. 5 147 1/2 bz. Berlin-Ahault. 16 18 1/2 4 221 1/2 bz. G.

London 1 Lst. | 3 M. 5 62 1/2 bz. Berlin-Görlitz. 1 16 4 107 bz.

Par. 300 Frs. | 2 M. 5 91 1/2 bz. Berlin-Hamburg. 10 10 4 231 1/2 bz.

Wien 150 Fl. | 5 T. 6 90 1/2 bz. Berlin-Potsd.-Magd. 20 14 4 156 1/2 bz.

do. do. 2 M. 6 56 1/2 bz. Berlin-Stettin. 9 1/2 4 182 et b. B.

Augsburg 100 Thlr. | 8 T. 5 99 1/2 G. Böhni-Westbahn. 7 7/8 4 107 1/2 bz.

do. do. 2 M. 5 — — Breslau-Freib. 7 7/8 4 129 1/2 bz.

Frankf.a.M.100Fl. | 2 M. 5 — — do. nou. 5 117 bz.

Petersburg 100SR. | 3 M. 6 1/2 89 1/2 bz. Köln-Minden. 10 1/2 4 169 1/2 bz.

Warschau 90 SR. | 8 T. 5 81 1/2 bz. Dux-Bodenbach. 5 5 4 112 1/2 et b. dz.

Bremen | 8 T. 5 — — Gal. C. Ludw.-B. 8 8 1/2 4 104 1/2 bz.

Fonds und Geld-Course.

Nord. Bundes-Anl. | 1/2 100% bz. Halle-Sorau Gaben. 5 5 4 60 1/2 bz.

Staats-Anlche v. 1859 | 5 — — Kronpr.-Rudolph. 5 5 4 75 1/2 bz.

ditto 1854/55 | 100% bz. Ludwigsb.-Boxh. 90/10 1/2 4 200 bz.

ditto 1856/57/59/64 | 100% bz. Märk.-Posener. 2 2 4 50 1/2 bz.

ditto 1867/68 | 100% bz. Magdeb.-Halberst. 8 1/2 4 137 bz. B.

ditto consolid. | 100% bz. Magdeb.-Leipzig. 12 16 4 275 1/2 bz.

ditto 1850/52 | 100% bz. do. Lit. B. 4 4 99 bz. G.

ditto 1853 | 94% bz. Mainz-Ludwigsb. 9 1/2 4 177 bz. G.

ditto 1862 | 94% bz. Ndrschl.-Märk. 5 5 4 95 1/2 bz.

ditto 1868 | 94% bz. Ndrschl.-Zweibr. 6 5 4 109 1/2 bz.

do. Umladub. 5 101 1/2 bz. Oberschles. A. u. C. 12 12 4 222 1/2 bz.

Staats-Schuldchein. 3/4 124 1/2 bz. do. 12/3 4 199 bz.

Präm.-Anleihe v. 1855 | 124 1/2 bz. Oest.-Fr.-Sl.-B. 12 12 4 205 1/2 bz.

Frankf.-Stadt-Oblig. | 100% bz. Oester. Nordwest. 5 5 4 130 1/2 29 1/2 bz.

Cöln-Mind. Prämiench. | 83 1/2 bz. Oester. südl. St.-B. 3 4 116 1/2 1/2 Lz.

Berliner | 101 1/2 bz. Ostpreuss. Süd. 0 0 4 40 bz. G.

Central-Boden-Cr. | 101 1/2 bz. Rechte-O.-U.-Bahn 4 3 128 1/2 bz.

do. Umladub. 5 100% bz. Reichsberg-Pard. 42 4 76 1/2 bz. G.

Pommersche | 83 1/2 bz. Rheinische 8/5 4 169 1/2 bz.

Schlesische | 83 1/2 bz. Rhein-Nahe-Bahn 0 0 4 41 1/2 bz.

Kur. u. Neumärk. | 95 G. Runau, Eisenb. 0 0 4 44 bz.

Pommersche | 95 1/2 G. Schweiz-Westbahn. 2/5 2/5 4 47 1/2 bz.

Posensche | 95 1/2 G. Stargard-Posen. 47 1/2 4 100 et b. G.

Preussische | 95 1/2 G. Thüringer. 9 10 4 133 1/2 et b. G.

Westf. u. Rhein. | 96 1/2 G. Warschau-Wien. 12 12 4 89 1/2 bz. G.

Rheinische | 96 1/2 G. Warschau-Wien. 12 12 4 89 1/2 bz. G.

Sächsische